

BESCHLUSS DES 114. LANDESPARTEITAGS AM 5. JANUAR 2016 IN FELLBACH

Änderung §8 Geschäftsordnung

Füge jeweils in § 8 Absatz 1 Satz 1 und in Satz 2 der Geschäftsordnung zur Landessatzung nach „vom Landesvorstand der Liberalen Initiative Mittelstand“ „, vom Landesvorstand der Liberalen Schwulen und Lesben“ ein.

BESCHLUSS DES 114. LANDESPARTEITAGS AM 5. JANUAR 2016 IN FELLBACH

Änderung §14 Landessatzung

Füge in § 14 Absatz 2 der Landessatzung nach „des Landesverbands der Liberalen Initiative Mittelstand“ „, des Landesverbands der Liberalen Schwulen und Lesben“ ein.

BESCHLUSS DES 114. LANDESPARTEITAGS AM 5. JANUAR 2016 IN FELLBACH

Änderung § 30a Landessatzung

Ersetze in § 30 a der Landessatzung "Freie Demokratische Partei (FDP)" durch "Freie Demokraten (FDP)"

Die Sparer schützen - gegen eine europäische Vergemeinschaftung der Einlagensicherung

Die FDP fordert die Bundesregierung auf, sich konsequent hinter die Interessen der deutschen Sparer zu stellen und eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung auf EU-Ebene zu verhindern. Denn damit würden die finanziellen Rücklagen kleiner und mittlerer Banken, insbesondere Kreissparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken, in Deutschland gefährdet, was sich auf die Mittelstandsfinanzierung auszuwirken droht.

Der Kommissionsvorschlag zur Einlagensicherung vom 24. November 2015 muss von der Bundesregierung konsequent zurückgewiesen werden und eine gerechte Behandlung bereits bestehender Sicherungssysteme erreicht werden. Dies ist von zentraler Bedeutung für das deutsche Bankenwesen kleiner und mittlerer Institute und die von ihnen finanzierten kleinen und mittleren Unternehmen sowie für den Sparer.

Flüchtlingspolitik – konstruktiv denken, konsequent handeln

Die Freien Demokraten wollen den Menschen helfen, die vor Krieg und Gräueln zu uns flüchten. Wir bekennen uns zu unserer humanitären Verantwortung, Menschen in Not Schutz zu bieten und zu helfen, wo wir können. Doch muss sich die Situation in den Herkunftsländern schnell verbessern. Dafür brauchen wir starke Impulse der Bundesregierung in der Europäischen Union.

Deutschlands Möglichkeiten sind nicht unbegrenzt. Um denen, die zu uns kommen, bestmöglich helfen zu können, müssen wir unsere Ressourcen gut einteilen und effizient einsetzen. Wir müssen das Chaos in der Flüchtlingspolitik beenden und Recht und Ordnung zum Wohle der Bürger und der Flüchtlinge wiederherstellen.

1) Maßnahmen in Europa

Die Anzahl der Menschen, die 2015 zu uns gekommen sind, können wir nicht jedes Jahr verkraften. Deshalb muss innerhalb der Europäischen Union fair und solidarisch zusammengearbeitet werden. Dafür brauchen wir:

- a. Ein faires Verteilungssystem für Flüchtlinge in der Europäischen Union (Einführung von Länderkontingenten), an das sich alle Mitgliedsstaaten halten.
- b. Eine Einrichtung von Hotspots (Aufnahmezentren) in einigen Mitgliedstaaten, die dabei massiv finanziell und personell durch die übrigen Mitgliedstaaten unterstützt werden müssen
- c. Aufbau und Ausbau eines einheitlichen wirksamen europäischen Grenzschutzes
- d. Bis ein europäisches System aufgebaut ist, gilt es nationale Registrierungszentren aufzubauen, die alle Einreisenden bei Grenzübertritt erfassen, registrieren und für die Erteilung von einheitlichen Ausweisdokumenten sorgen

2) Maßnahmen in den Krisengebieten

Die Beseitigung der Fluchtursachen ist die beste Möglichkeit, den Flüchtlingen wieder eine Perspektive in ihren Heimatländern zu geben. Dies sind schwierige und langwierige Unterfangen. Hier brauchen wir:

- a. Eine aktive, auf Diplomatie und Interessensausgleich fußende Rolle Deutschlands bei der Stabilisierung Syriens und der Nachbarstaaten
- b. Die Schaffung von sicheren und menschenwürdigen Zuständen in Flüchtlingslagern in der Türkei, dem Libanon und Jordanien
- c. Um den Konflikt in Syrien abzukühlen, muss auch mit unangenehmen Partnern verhandelt werden. Es gibt keine einfachen Lösungen. Wir müssen zusammen mit der Türkei, Russland, Saudi-Arabien, Iran und weiteren Akteuren in der Region zu einer Lösung kommen – auch wenn uns das manchmal schwerfällt

FREIE DEMOKRATEN BADEN-WÜRTTEMBERG
BESCHLUSS DES 114. LANDESPARTEITAGS AM 5. JANUAR 2016 IN FELLBACH

- d. Erforderlich ist eine Anti-Terrorallianz. Die Weltgemeinschaft darf nicht länger wegsehen wie Diktator Assad die eigene Bevölkerung mit Faßbomben hinschlachtet. Der Terrororganisation IS muss der Boden entzogen werden.
- e. Wir fordern die Landesregierung auf, ihren Einfluss im Bund geltend zu machen und auf weitere Initiativen in Richtung Friedensprozess in Syrien hinzuarbeiten

3) Maßnahmen in Deutschland und Baden-Württemberg

Um mit der großen Zahl der Ankommenden fertig zu werden, brauchen wir eine effiziente und klare Organisationsstruktur unserer zuständigen Behörden. Aber damit alleine ist es noch lange nicht getan: wir müssen vor allen Dingen auf die Herausforderungen der Integration der Flüchtlinge blicken.

- a. Wir streben einen humanitären Schutzstatus für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge in der Europäischen Union an. Kriegsflüchtlinge könnten dann schnell und unbürokratisch einen verlässlichen, zeitlich befristeten Aufenthaltstitel in Deutschland erhalten.
- b. Die für das Asylverfahren zuständigen Behörden würden deutlich entlastet, da entsprechende Anträge von der Bearbeitung ausgeschlossen werden
 - i. Politisch Verfolgte oder Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention erhalten Asyl – und zwar schneller, weil die zuständigen Behörden von den massenhaften Anträgen entlastet werden.
 - ii. Kriegsflüchtlinge, die nach Wegfall des Schutzgrundes nicht in ihre Heimat zurückkehren wollen, aber die Kriterien eines modernen Einwanderungsgesetzes erfüllen, erhalten sofort Zugang zum Arbeitsmarkt Wer in der Folge für seinen Lebensunterhalt sorgen kann, erhält einen dauerhaften Aufenthaltstitel.
 - iii. Kriegsflüchtlinge, die die Kriterien eines modernen Einwanderungsgesetzes nicht erfüllen, müssen nach Beendigung des bewaffneten Konflikts in ihrer Heimat ausreisen oder erforderlichenfalls zurückgeführt werden.
 - iv. Als Ultima Ratio kann der Familiennachzug für Kriegsflüchtlinge ausgesetzt werden
- c. Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz –das die Regelungen des Zuwanderungsgesetzes von 2005 fortschreibt und gebündelt regelt, wer nach welchen Kriterien auch langfristig in Deutschland bleiben kann. Die Festlegung von Voraussetzungen, unter denen der Übergang vom Flüchtlingsstatus in die geordnete Einwanderung möglich ist, kann auch Motivation und Ansporn für Flüchtlinge sein, sich zu qualifizieren und zu integrieren.
- d. Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive müssen schneller und konsequenter abgeschoben werden, hier versagt die grün-rote Landesregierung bisher. Die FDP Baden-Württemberg fordert die Landesregierung daher auf, abgelehnte Asylsuchende nach Maßgabe des Rechts schneller und effizienter

FREIE DEMOKRATEN BADEN-WÜRTTEMBERG
BESCHLUSS DES 114. LANDESPARTEITAGS AM 5. JANUAR 2016 IN FELLBACH

rückzuführen. Das ist auch im Sinne derjenigen Flüchtlinge, die eine Bleibeperspektive erhalten, in dem Mittel und Unterbringungsmöglichkeiten freigesetzt werden

- e. Flüchtlinge, die nach Deutschland einreisen, müssen sofort nach Ankunft registriert werden
- f. Neben der Registrierung muss gleich bei Ankunft auch eine Gesundheitsüberprüfung und Qualifikations- und Kompetenzabfragen erfolgen

4) Weniger Bürokratie im Asylverfahren

- a. Um Mehrfacherfassungen zu vermeiden, muss von jedem Flüchtling ein einziger Datensatz (Flüchtlingskarte) erstellt werden – auf den alle zuständigen Behörden zugreifen können
- b. Die Kompatibilität der Datenverarbeitungssysteme der verschiedenen Behörden und zwischen Bund, Land und Kommunen muss rasch hergestellt werden
- c. Wir wollen die Residenzpflicht für Bewerber im Verfahren und abgelehnte Asylbewerber wieder einführen. Außerdem zeitlich befristet für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge

5) Arbeitsmarktintegration

- a. Flüchtlinge sollen schnell ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können, Arbeitsverbote und Restriktionen bei Praktika und Zeitarbeit müssen abgebaut werden
- b. Frühe Erfassung der Qualifikationen der ankommenden Flüchtlinge
- c. Schnelle Vermittlung in Ausbildung oder Arbeit derjenigen mit hoher Bleibeperspektive
- d. Ermöglichung der schnellen Beantragung der Anerkennung von Berufs- oder Studienabschlüssen
- e. „Bündnis für Integration in Arbeit“: Länder, Verbände, sowie Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen müssen zusammenarbeiten, um schnell und unbürokratisch Praktika, Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze zu vermitteln
- f. die Teilnahme an Sprachkursen und die Absolvierung eines Praktikums müssen parallel zulässig und möglich sein, um so wenig Zeit wie möglich zu verlieren
- g. Weniger Hürden für Praktika – Aussetzung des Mindestlohns für das erste Jahrentsprechend der Regelung für Langzeitarbeitslose
- h. Abschaffung der Vorrangprüfung
- i. Öffnung der Zeitarbeit für Flüchtlinge
- j. Flexibilisierung des Arbeitsmarktes für alle Bevölkerungsgruppen und Abschaffung unnötiger bürokratischer Vorschriften einschließlich derer zum Mindestlohn

6) Unterstützung für Kommunen

„Wir schaffen das“, lässt sich aus dem Kanzleramt relativ problemlos verkünden. Die Arbeit vor Ort aber bleibt bei den Kommunen haften, die sich um Unterbringung, Versorgung und Personal zur Bewältigung der hohen Flüchtlingszahlen bemühen müssen. Deswegen müssen Bund und Land die Kommunen stärker als bisher unterstützen, damit auch die Kommunen es schaffen, erfolgreich mit den vielen Neuankömmlingen umzugehen.

- a. Die Kommunen mit LEA-Einrichtungen müssen massiv finanziell, logistisch und personell unterstützt werden, damit die dramatischen Zustände in den Einrichtungen nicht zur Gefahrenzone für Flüchtlinge und Anwohner werden. Hierzu muss auch die Polizeipräsenz dringend erhöht werden
- b. Wir brauchen eine faire und transparente Verteilung der Flüchtlinge unter Beteiligung der Bürger
- c. Eine sinnvolle Strategie, um den Schutz von Flüchtlingen vor rechten Gewalttaten zu gewährleisten
- d. Nur Flüchtlinge mit einer Bleibeperspektive dürfen an die Gemeinde verteilt werden
- e. Asylanträge müssen zeit- und wohnortnah bearbeitet werden
- f. Förderprogramme des Landes bei der Flüchtlingsunterbringung müssen sich stärker an den Bedürfnissen kleiner Kommunen ausrichten
- g. Absenkung überzogener Standards im Planungsrecht sowie beim Bau von Unterkünften in der Anschlußunterbringung.

7) Bildung und Spracherwerb als Erfolgsrezept für eine gelungene Integrationspolitik

- a. Spracherwerb ist der zentrale Schlüssel in der Gesellschaft und im Arbeitsmarkt
- b. Sprachstandabfrage der Sprachen Deutsch und Englisch in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Vermittlung der deutschen Sprache sofort nach der Ankunft
- c. Bildungsangebote und berufliche Aus- und Weiterbildung für alle Flüchtlinge, um ihnen den Weg in ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.
- d. An Hochschulen kann dies auch durch Studierende und mit einer Verbindung zum Erhalt von zusätzlichen ECTS-Punkten geschehen. Um dies bestmöglich zu unterstützen, sollen auch online-gestützte Kurse, gegebenenfalls unterstützt durch Ehrenamtliche, angeboten werden.
Insbesondere sollen die modernen Möglichkeiten online gestützter Sprachkurse genutzt werden. Für die berufliche Qualifizierung müssen ebenfalls die Chancen digitaler Bildungsangebote gemacht werden, hierzu sollen die Berufsverbände und Kammern angeregt werden. Informationsportale der Kammern und der Landesregierung müssen den Flüchtlingen bekannt gemacht und gegebenenfalls um zielgerichtete Angebote ergänzt werden

FREIE DEMOKRATEN BADEN-WÜRTTEMBERG
BESCHLUSS DES 114. LANDESPARTEITAGS AM 5. JANUAR 2016 IN FELLBACH

- e. Bei den Flüchtlingen, die an keinen vom Bund finanzierten Kurs teilnehmen können, ist das Land in der Pflicht. Neben pensionierten Lehrern, Lehramtsstudenten und Referendaren, sehen wir die weitere Qualifikation fachfremder Lehrer oder auch Ehrenamtlicher sowie die Einbindung privater Sprachschulen als Chance
- f. Mehr Lehrkräfte für „Deutsch als Fremdsprache“ für Vorbereitungsklassen, mehr Mittel für Dolmetscher, Sozialarbeiter und Lehrmaterial für Schulen, die Vorbereitungsklassen anbieten
- g. Gründung von Schulen speziell für Flüchtlingskinder, in denen diese ganz intensiv in den ersten beiden Jahren beschult werden, vor allen Dingen in Deutsch, damit sie danach mit guten Deutschkenntnissen in die Regelschulen integriert werden können (Anm.: die normalen Vorbereitungsklassen vermitteln nur Grundkenntnisse, führen aber nicht dazu, dass die Kinder gut Deutsch sprechen und vor allen Dingen schreiben können. Das hat zur Folge, dass sie allenfalls Werkrealschulniveau erreichen und von dort nur mit massiver privater Unterstützung weiter kommen)

8) Vermittlung der Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung

- a. Wir Freie Demokraten erachten die Werte und Regeln unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung als bindend – für alle Menschen in Deutschland
- b. Die Teilnahme an Integrationskursen muss jedem Flüchtling und Asylbewerber offen stehen und verpflichtend sein!!!
- c. Neu ankommenden Flüchtlingen muss im Rahmen der Vermittlung unserer Rechtsordnung, unseres Verständnisses von Demokratie und unserer Werte die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Deutschland nahegebracht werden.
- d. Wir brauchen Strukturen in Flüchtlingsunterkünften, die den zum Teil schwer traumatisierten Frauen Sicherheit und Bewegungsfreiheit bieten. Hilfetelphone, Rückzugsräume, speziell geschulte Ansprechpartnerinnen, medizinische Betreuung sowie spezielle Angebote für traumatisierte Frauen und Kinder müssen gegeben sein.
- e. Die Betreuung von Kindern darf kein Hinderungsgrund für die Teilnahme an Integrationsmaßnahmen sein. Wenn die Integration von Müttern und Vätern gelingt, wird auch die Integration der Kinder vorangebracht.

9) Weitere Maßnahmen

- a. Wir brauchen Gesundheitsstationen mit ausreichendem Gerät und Personal in den Erstaufnahmeeinrichtungen, um eine umfassende Erstversorgung zu gewährleisten
- b. Gesundheitskarte nur für Flüchtlinge, die auf die Kommunen verteilt werden und damit eine Bleibeperspektive in Deutschland erhalten
- c. Die FDP Baden-Württemberg lehnt Zwangsenteignungen von Wohnraum durch Städte und Land entschieden ab. Die staatliche Förderung von

FREIE DEMOKRATEN BADEN-WÜRTTEMBERG
BESCHLUSS DES 114. LANDESPARTEITAGS AM 5. JANUAR 2016 IN FELLBACH

Denunziantentum und die Aushöhlung des Rechtsstaats ist nicht nur eine Bedrohung des Rechts auf Eigentum, sondern droht die Stimmung in der Bevölkerung kippen zu lassen.

- d. Wir fordern die Rücknahme der Mietpreisbremse und bestehender landesrechtlicher Vorschriften, etwa des Zweckentfremdungsverbots oder unsinniger Vorschriften aus der Landesbauordnung
- e. Wir brauchen mehr Förderung von sozialem Wohnungsbau im Land durch Mobilisierung von privatem Kapital – Anreize durch weniger Bürokratie und zusätzlichen Abschreibungsmöglichkeiten

10) Ehrenamtliche Freundeskreise

Ohne die Arbeit der vielen Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit, die sich zu zehntausenden in vielen Freundeskreisen engagieren, wäre eine gute Betreuung der Flüchtlinge in den teilweise völlig überforderten Kommunen nicht so gut möglich. Diese bewundernswerte Arbeit der Ehrenamtlichen muss nicht nur besser koordiniert werden, sondern es müssen auch die vielen Helferinnen und Helfer unterstützt werden, in dem man es ihnen unter anderem ermöglicht, sich fortzubilden.

11) Wir schaffen das, aber wir müssen auch sagen, wie!

- a. Wir wollen konstruktive Vorschläge statt populistische Parolen. Die FDP Baden-Württemberg wird die Flüchtlingspolitik konstruktiv und unaufgeregt führen. Wir erarbeiten Vorschläge, wie wir diese besondere Situation sinnvoll, effektiv und für alle Beteiligten und Betroffenen zufriedenstellend lösen wollen.
- b. Wir wollen eine Kultur der pragmatischen Lösungen statt der Angst und Pessimismus. Sorgen und Ängste wollen wir aufnehmen, darüber sprechen, aufklären und durch Lösungsoptionen zerstreuen. Wir beteiligen uns nicht an einer Kultur der Angst und dem Ausspielen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen.
- c. Wir wollen Weg vom Krisendiskurs in eine gesellschaftliche Diskussion über Mittel und Wege des vernünftigen Umgangs mit Flüchtlingen. Wir wollen die Krise zu einer Chance für Deutschland und Europa machen. Eine Chance für die Gesellschaft, für die Wirtschaft und für die Solidarität und den Zusammenhalt in Europa.

**Freiheit statt Angst. Bürgerrechte nicht schwächen,
sondern stärken!**

Die FDP Baden-Württemberg positioniert sich eindeutig gegen die aktuell diskutierte Form der Ausweitung staatlicher Sicherheitsbefugnisse. Dies betrifft die anlasslose Höchstspeicherfrist, wie sie von der Bundesregierung und vom Bundestag im Oktober 2015 beschlossen wurde, als auch eine „weichere“ Form der anlassbezogenen Vorratsdatenspeicherung (VDS). Deshalb unterstützen wir die vom Bundesvorstand organisierte Verfassungsbeschwerde. Auch die geplante gesetzlich vorgeschriebene Speicherung von Fluggastdaten (Passenger Name Records, PNR) lehnen wir entschieden ab. Überdies sind wir gegen den Zugriff der Sicherheitsbehörden auf verschlüsselte Inhalte. Das Recht auf Verschlüsselung, verstanden als Abwehrrecht der Bürgerinnen und Bürger gegen den Staat, ist vollumfänglich zu gewährleisten. Sicherheit ist, entgegen vieler anderslautender Äußerungen, kein Supergrundrecht, und Sicherheitsmaßnahmen dürfen niemals das verletzen, was sie zu schützen vorgeben.

Kein allgemeines Tempolimit durch die Hintertür

Die FDP spricht sich gegen das von Verkehrsminister Winfried Hermann geplante und als "Modellversuch" verkappte Tempolimit von 120km/h auf der A81 und der A96. Bestrebungen nach einem allgemeinen Tempolimit auf Autobahnen lehnen wir ab.

Prüfsteine für den Politikwechsel

Mehr Chancen durch mehr Freiheit. Mit unserem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016 zeigen wir unsere freiheitliche Haltung. Wir streben einen echten Politikwechsel an. Entscheidend für uns sind inhaltliche Übereinstimmungen mit möglichen Partnern.

Anhand der vorliegenden „Prüfsteine“ zeigen wir auf, was unser Programm ausmacht. Sie sind als Leitlinien zu verstehen, welche die Richtung vorgeben sollen, die eine Regierung unter freidemokratischer Beteiligung einschlagen würde.

Wir haben die Überzeugung, den Willen und die Kraft, die Zukunft unseres Landes entlang dieser Leitlinien zu gestalten. Wir fordern unsere politischen Mitbewerber auf, sich zu den jeweiligen "Prüfsteinen" zu äußern.

Themenkomplex 1: Bildung

- Wir wollen eine Bildungspolitik, die sich am Wohl der Schüler orientiert. Daher lehnen wir ideologische Grabenkämpfe um Schulsysteme ab und wollen uns auf eine Qualitätsdebatte im Bildungssystem konzentrieren.
- Wir streben einen stabilen Schulfrieden an, um Planungssicherheit und verlässliche Bedingungen für die am Bildungswesen Beteiligten zu schaffen. Insbesondere wollen wir die Privilegierung der Gemeinschaftsschule beenden und stattdessen faire Wettbewerbsbedingungen für alle Schularten schaffen.
- Wir wollen allen Schulen bzw. ihren Schulträgern und den Bildungsregionen die Freiheit geben, die jeweilige Schulform in eigener Verantwortung auszugestalten. Für alle Schulen wollen wir durch mehr eigene Verantwortung größere Gestaltungsräume eröffnen.
- Wir wollen das Gymnasium in seinem Bestand erhalten und stärken. Wir lehnen alle Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Schularten wie einen Einheitsbildungsplan, ein sogenanntes „Abschulungsverbot“, oder eine Niveauabsenkung des Abiturs ab und werden die entsprechenden Maßnahmen rückgängig machen.
- Wir wollen allen Gymnasien die Freiheit lassen, die zugewiesenen Lehrerwochenstunden bzw. ihre gerechte Ausstattung mit Personalmitteln auf acht oder neun Jahre zu verteilen.
- Wir wollen den Realschulen die Freiheit geben, selbst zu entscheiden, ob sie mit innerer oder äußerer Differenzierung auf den Hauptschulabschluss bzw. die Mittlere Reife vorbereiten.
- Wir wollen nach einer Evaluation entscheiden, ob es notwendig ist, die verbindliche Grundschulempfehlung mit Öffnungsklausel wieder einzuführen.

FREIE DEMOKRATEN BADEN-WÜRTTEMBERG
BESCHLUSS DES 114. LANDESPARTEITAGS AM 5. JANUAR 2016 IN FELLBACH

- Wir verstehen Bildung und berufliche Ausbildung als lebenslangen Prozess. Wir werden deshalb die existierenden Weiterbildungssysteme nicht nur sichern, sondern modernisieren und ausbauen, sodass jeder Mensch die Bildungsanteile erwerben kann, die für seine persönlichen Ziele wichtig sind.
- Hochschulen und duales Ausbildungssystem betrachten wir als gleichwertig. Berufsschule und Berufskolleg sind besser auszustatten als bisher.
- Wir wollen die Autonomie der Hochschulen bei der Ausgestaltung eines vielfältigen Studienangebots erhalten und erweitern.
- Wir wollen eine dauerhafte verlässliche Finanzierung, insbesondere auch für die Hochschule für Angewandte Wissenschaft und die Duale Hochschule.
- Wir wollen jedem Studierenden das Recht einräumen, den Austritt aus der verfassten Studierendenschaft zu erklären. Wir setzen uns für eine höhere Mitbestimmung der Studierenden an den Hochschulen bei der Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel ein.

Themenkomplex 2: Wirtschaft, Finanzen und Infrastruktur

- Wir wollen dem Mittelstandsland Baden-Württemberg wieder ein eigenständiges Wirtschaftsministerium geben, das mit seiner Zuständigkeit für Wirtschaft, Energie und Infrastruktur sich auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft konzentrieren kann.
- Wir wollen einen auf Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gegründeten Landeshaushalt vorlegen, der Schuldenabbau, Steuersenkungen und Investitionen in die Infrastruktur möglich macht.
- Das von der grün-roten Landesregierung eingeführte Bildungszeitgesetz wollen wir ebenso wieder abschaffen wie das europarechtswidrige Tariftreue- und Mindestlohngesetz. Wir wollen auch die überzogenen Regeln der seit April 2015 geltenden Landesbauordnung zurücknehmen und privaten Bauherren wieder mehr Gestaltungsspielraum verschaffen.
- Wir wollen eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung, die auf Energieeffizienz, Blaues Wachstum und Innovation, anstatt auf Subventionen fußt. An der Grundfinanzierung der regionalen Energieagenturen als entscheidende Schrittmacher wollen wir uns beteiligen.
- Wir wollen den Meisterbrief als elementares Merkmal für Qualität und Ausbildungsmotivation im Handwerk erhalten. Er ist zentraler Bestandteil unserer Wirtschaftskultur und Garant für Ausbildung und Beschäftigung. Wir stehen zur Dualen Ausbildung als Basis für die berufliche Qualifikation und als wesentliche Grundlage für die Gewinnung von Fachkräften.
- Wir wollen aus den Mitteln der Landesstiftung eine Zukunftsinitiative in Höhe von einer Milliarde Euro zur Verbesserung von Verkehrs- und Breitbandinfrastruktur auflegen. Wir wollen auch durch Veräußerung von Landesvermögen und Unternehmensbeteiligungen an

FREIE DEMOKRATEN BADEN-WÜRTTEMBERG
BESCHLUSS DES 114. LANDESPARTEITAGS AM 5. JANUAR 2016 IN FELLBACH

der LBBW, dem Stuttgarter Flughafen und der EnBW notwendige Mittel für Investitionen in die Infrastruktur und für die Entschuldung des Landes bereitstellen.

- Wir wollen ein Straßenbau-Impulsprogramm Südwest. Denn wer den Wohlstand sichern will, braucht gute Verkehrswege.
- Wir wollen kein allgemeines Tempolimit einführen
- Wir wollen für eine flächendeckende symmetrische Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen bei Kabel und Funk sorgen, so dass zeitnah alle Haushalte und Unternehmen über mindestens 50 Mbit/s verfügen.
- Wir wollen die Vorschriften im Wohnungsbau vereinfachen, die Verfahren beschleunigen und neue Flächen für den Wohnungsbau ausweisen, um auf die große Nachfrage nach Wohnraum und die steigenden Preise reagieren zu können.

Themenkomplex 3: Rechtsstaat

- Wir wenden uns gegen jede weitere Einschränkung der Bürgerrechte, wie die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, insbesondere bei Telekommunikations- Maut und Fluggastdaten.
- Wir wollen die Polizeistrukturereform zeitnah evaluieren und die notwendigen Korrekturen vornehmen. Die Polizei in der Fläche wollen wir mit 1000 neuen Stellen vor allem in den 146 Polizeirevieren stärken.
- Wir wollen die Absenkung der Eingangsbesoldung für Nachwuchsbeamte und -Richter rückgängig machen und attraktive Einstellungsbedingungen für junge Beamte und Richter anbieten.

Themenkomplex 4: Umwelt, Land-und Forstwirtschaft

- Wir wollen Windkraft dort nutzen, wo sie ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist und der Schutz der Anwohner gewährleistet ist. Dazu wollen wir den Vorsorgeabstand zu Wohngebieten auf 1500 Meter erhöhen, die Verpachtung von Windkraftstandorten im Staatswald durch den Landesbetrieb ForstBW stoppen und das Planungsrecht ändern. Es muss in der Regionalplanung auch wieder möglich sein, Windkraft-Ausschlussgebiete auszuweisen.
- Wir wollen die von Grün-Rot einseitig auf Ökologie ausgerichteten Förderprogramme der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik umschichten, um den Landwirten mehr unternehmerische Selbstbestimmung zu ermöglichen.
- Wir wollen auch das bevormundende und eigentumsfeindliche grün-rote Jagdrecht wieder durch ein praxisnahes Jagdgesetz ablösen und den umstrittenen Nationalpark Schwarzwald umfassend überprüfen, seine Gebietsabgrenzung neu ordnen und die Personal- und Mittelausstattung auf ein vernünftiges Maß verringern.

FREIE DEMOKRATEN BADEN-WÜRTTEMBERG
BESCHLUSS DES 114. LANDESPARTEITAGS AM 5. JANUAR 2016 IN FELLBACH

Themenkomplex 5: Migration und Flüchtlinge

- Wir wollen über eine Bundesratsinitiative ein verlässliches und transparentes System der Zuwanderung schaffen, welches qualifizierten Bewerbern einen Anreiz gibt, in die Bundesrepublik einzuwandern. Die vorbehaltlose Achtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist eine unabdingbare Voraussetzung.
- Gleichzeitig wollen wir die Asylverfahren beschleunigen. Wir wollen die Möglichkeit schaffen, dass ein Verfahren in Anlehnung an das praktizierte Flughafenverfahren beschleunigt durchgeführt werden kann. Abgelehnte Asylbewerber wollen wir konsequent rückführen.
- Wir streben einen speziellen humanitären Schutzstatus für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge an. Kriegsflüchtlingen könnten dann schnell und unbürokratisch einen verlässlichen, zeitlich befristeten Aufenthaltstitel in Deutschland erhalten. Als Ultima Ratio kann der Familiennachzug für Kriegsflüchtlinge ausgesetzt werden.
- Wir wollen die Residenzpflicht für Bewerber im Verfahren und abgelehnte Asylbewerber wieder einführen. Außerdem zeitlich befristet für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge
- Wir wollen die Freizügigkeit im Schengen-Raum erhalten und die Außengrenzen der EU wirksam schützen und kontrollieren. Hierzu unterstützen wir den weiteren Aufbau einer in ihrem Einsatz von den Mitgliedstaaten unabhängigen, rechtsstaatlich und demokratisch kontrollierten Polizeieinheit mit exekutiven Befugnissen zum Schutz der EU-Außengrenzen in Weiterentwicklung von FRONTEX.

Themenkomplex 6: Sozial- und Gesellschaftspolitik

- Wir stehen für die Werte der Aufklärung. Wir werden diese Werte gegen religiösen Fanatismus und politischen Extremismus verteidigen. Keine Toleranz für Intoleranz.
- Wir wollen die Öffnung der zivilen Ehe für alle Paare. Wir stehen für eine freiheitliche und offene Gesellschaft, in der gleiche Rechte und gleiche Pflichten zusammengehören.
- Wir wollen keine Einführung des Betreuungsgelds auf Landesebene. Eine Zahlung an die Bürgerinnen und Bürger dafür, dass sie staatliche Leistungen nicht in Anspruch nehmen, ist nicht nachvollziehbar. Wir wollen Familien und Kinder dort fördern, wo Förderbedarf besteht.
- Wir wollen das Alkoholverkaufsverbot nach 22 Uhr abschaffen, denn polizeirechtliche Alkoholverbote sind kein geeignetes Mittel zur Gefahrenabwehr sind.
- Wir wollen an der freiberuflichen Tätigkeit als Leitbild der ambulanten Gesundheitsversorgung festhalten. Uns ist dabei die Sicherung der qualitativ hochwertigen ärztlichen Versorgung wichtig. Das Land trägt die Verantwortung für die Investitionskostenfinanzierung der Krankenhäuser. Wir wollen dafür die Landeskrankenhausplanung aktiver gestalten.

FREIE DEMOKRATEN BADEN-WÜRTTEMBERG
BESCHLUSS DES 114. LANDESPARTEITAGS AM 5. JANUAR 2016 IN FELLBACH

- Wir wollen Menschen mit Behinderungen unterstützen, ihr Leben ganz im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention selbstbestimmt zu führen. Bausteine hierfür sind insbesondere Barrierefreiheit, Frühe Hilfen, den Ausbau betreuter Wohnformen oder auch Hilfen in Form des „Persönlichen Budgets“

- Wir wollen, dass die Kommunen eine größere Rolle bei der Quartiersentwicklung in der Pflege spielen. Das Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz und die Heimbauverordnung müssen flexibler ausgestaltet werden. Wir setzen uns für bessere Berufsbedingungen im Pflegealltag ein. Statt Bürokratie setzen wir auf Innovationen wie beispielsweise Altersassistenzsysteme.

Themenkomplex 7: Kultur und Ehrenamt

- Wir wollen den Innovationsfonds Kunst evaluieren und seine Mittelvergabe durch eine unabhängige Jury auf eine qualitätsorientierte Grundlage stellen.

- Wir wollen mit einem Pakt für die Bühne den kleinen privaten und städtischen Theatern Planungssicherheit geben. Durch diese Verlässlichkeit sichern wir die Freiheit und Vielfalt im Kulturleben des Landes.

- Wir wollen das Musikland Baden-Württemberg durch Erhalt der fünf Musikhochschulen, eine stabile Förderung seiner bunten und stark ehrenamtlich geprägten Verbände und Vereine sowie eine umfassende Wertschätzung der Musikschulen und des Musikunterrichts stärken.

- Wir wollen die Verantwortung für die Kulturinfrastruktur des Landes bei Museen und Theatern wahrnehmen und mit den erforderlichen Investitionen den erstklassigen Ruf des Kulturlandes Baden-Württemberg sichern.

- Wir wollen einen Dialog mit den privaten Förderern und Ermöglicern von Kunst und Kultur wie Mäzenen und Galerien starten, um den Verfassungsauftrag zur Förderung des kulturellen Lebens umfassend wahrzunehmen.

- Wir wollen die bürokratischen Belastungen des ehrenamtlichen bzw. bürgerschaftlichen Engagements reduzieren und die sonstigen rechtlichen Rahmenbedingungen weiter verbessern.

- Wir wollen das Ehrenamt bei Justiz, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdiensten weiter stärken. Nachwuchsgewinnung auch durch Integrationsangebote, innovative Alterssicherung und Investitionsmaßnahmen sind dabei unsere Schwerpunkte."

BESCHLUSS DES 114. LANDESPARTEITAGS AM 5. JANUAR 2016 IN FELLBACH

Neue Wohnungen für ein wachsendes Baden-Württemberg

Die Bevölkerung nimmt weiter zu

Die Bevölkerung in Baden-Württemberg nimmt entgegen früherer Erwartungen auch zukünftig noch zu. Insbesondere durch den Zuzug aus anderen Bundesländern und dem Ausland steigt die Einwohnerzahl vor allem in den Großstädten des Landes weiter an. Das Statistische Landesamt ging bereits in seiner letzten Bevölkerungsvorausrechnung auf Basis des Jahres 2012 davon aus, dass die Bevölkerung in Städten wie Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Freiburg und Ulm bis 2020 um gut 7 % zunehmen wird und auch bis 2030 ein weiteres Wachstum zu erwarten ist.

Bereits wenige Jahre nach dieser Vorausrechnung wird deutlich, dass die reale Entwicklung noch dynamischer verläuft. Der Zuzug aus Südeuropa war in den letzten Jahren stärker als vorhergesagt und die aktuellen Flüchtlingszahlen machen deutlich, dass die Bevölkerung noch stärker wachsen wird. Der Verband Region Stuttgart geht beispielsweise inzwischen davon aus, dass die Einwohnerzahl der Landeshauptstadt bis 2025 auf gut 659.000 Einwohner ansteigen wird, das wären über 55.000 Einwohner mehr als 2012.

Wohnungen sind knapp und teuer

Das Bevölkerungswachstum sorgt vor allem in den Ballungsräumen des Landes für einen steigenden Bedarf an Wohnraum. Allein in den oben erwähnten fünf Großstädten ist bis 2025 mit einem Wachstum von ca. 100.000 Einwohnern zu rechnen – noch ohne Berücksichtigung der Flüchtlingszahlen. Bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von ca. 2 Personen pro Haushalt müssen 50.000 zusätzliche Wohnungen in diesen Städten gebaut werden, um diese Nachfrage zu befriedigen.

Der Wohnraumbedarf steigt aber auch ganz unabhängig vom Bevölkerungswachstum an, da aufgrund der abnehmenden Haushaltsgrößen der Einzelne immer mehr Wohnraum beansprucht. Allein dieser Effekt wird bis 2030 zu einer geschätzten Zunahme der Haushalte im Land um 50.000 führen.

Der Umfang des Wohnungsbaus im Land kann den steigenden Bedarf in den Ballungsräumen derzeit nicht decken. Wurden Anfang der 90er Jahr – eine Zeit ähnlich steigender Einwohnerzahlen – in Baden-Württemberg noch bis zu 100.000 Wohnungen im Jahr errichtet, liegt die Zahl heute nur bei einem Drittel davon. In Stuttgart werden aktuell unter 2.000 Wohnungen im Jahr fertiggestellt, die Hälfte davon dient dabei als Ersatz für wegfallende Wohnungen an anderer Stelle.

Die Knappheit der Wohnungen sorgt tendenziell für steigende Preise. Die Kaltmieten pro Quadratmeter sind zwar in den letzten Jahren nicht überproportional gestiegen, aber durch den höheren Wohnraumbedarf jedes Einzelnen und vor allem durch die stark gestiegenen steuerlichen Belastungen (z. B. Grunderwerbsteuer) und Nebenkosten (z. B. gestiegene Energiepreise aufgrund der EEG-Umlage) steigen die Kosten für das Wohnen insgesamt an.

BESCHLUSS DES 114. LANDESPARTEITAGS AM 5. JANUAR 2016 IN FELLBACH

Liberale Antworten für mehr Wohnraum

Der Bau von Wohnungen wird in Deutschland überwiegend privat finanziert. Nur rund 7 Prozent der Wohnungen in Deutschland sind staatliche Sozialmietwohnungen. Daher müssen zur Ertüchtigung des Wohnungsmarktes vor allem die Bedingungen für private Investoren attraktiver gestaltet werden. Dazu wollen wir Hindernisse abbauen und Anreize schaffen, um Familien, Einzelpersonen und andere Investoren zum Wohnungsbau zu motivieren:

- **Flächen:** Der Bau von Wohnungen erfordert ausreichende Flächen, die vor allem in den Großstädten kaum zur Verfügung stehen. Daher fordern die Freien Demokraten ein effektiveres Flächenmanagement: Die noch vorhandenen Flächen innerhalb der Bebauung müssen im Zuge einer Nachverdichtung besser genutzt werden, dazu sind z. B. Vorschriften zu den Abstandsflächen zu überprüfen. In den Innenbereichen der Städte vorhandene Flächen müssen für den Wohnungsbau erschlossen werden, indem z. B. ehemals anderweitig genutzte Flächen umgenutzt werden. Die durch Stuttgart 21 ermöglichte Bebauung ehemaliger Bahnflächen, die „Bahnstadt Heidelberg“ oder das Flugfeld Böblingen/Sindelfingen sind dafür gute Beispiele. Da derartige Flächenreserven bereits weitgehend ausgeschöpft sind, müssen zumindest in den Großstädten auch neue Flächen ausgewiesen werden. Dabei muss von vornherein auch an eine gute Erschließung durch öffentliche Verkehrsmittel gedacht werden.
- **Vorschriften:** Die den Wohnungsbau betreffenden Regularien und Vorschriften wurden in den letzten Jahren an vielen Stellen ausgebaut. Infolgedessen nehmen die Bürokratie und die Kosten zu, neue Wohnungen entstehen aber dadurch nicht. Die Bundesregierung hat das Instrument einer sogenannten "Mietpreisbremse" eingeführt, die das finanzielle Engagement im Wohnungsbau weniger attraktiv macht und bestenfalls den vorhandenen Wohnraum umverteilt. Die Landesregierung hat 2015 die Landesbauordnung verschärft, indem z. B. Vorschriften zu überdachten Fahrradabstellplätzen, Dach- und Fassadenbegrünung ergänzt wurden. Weitere Instrumente wie ein "Zweckentfremdungsverbot" und eine Leerstandskontrolle sind auf den Weg gebracht worden. Die Freien Demokraten fordern im Gegensatz dazu weniger statt mehr Vorschriften, um den Wohnungsbau zu stimulieren. Daher muss die Landesbauordnung wieder auf ihre Kernaufgaben entschlackt werden und die Mietpreisbremse, das Zweckentfremdungsverbot und die Leerstandskontrollen abgeschafft werden.
- **Verfahren:** Ähnlich wie bei der Verkehrsinfrastruktur und bei anderen großen Vorhaben der öffentlichen Hand ist der zeitliche Abstand zwischen Beschluss und Umsetzung zu groß. Von der Entscheidung, ein neues Baugebiet zu entwickeln über den rechtsgültigen Bebauungsplan bis hin zum Bau der Wohnungen vergeht häufig ein ganzes Jahrzehnt. Die Freien Demokraten wollen diese Zeitspanne verkürzen, dazu müssen neben der Verschlinkung der Vorschriften auch die Genehmigung zuständigen Ämter personell besser ausgestattet, die Abläufe unbürokratisch optimiert und vorhandene Ermessensspielräume genutzt werden.

BESCHLUSS DES 114. LANDESPARTEITAGS AM 5. JANUAR 2016 IN FELLBACH

- **Finanzielle Anreize:** Die Kosten für neuen Wohnraum steigen stetig an, neben der allgemeinen Preisentwicklung sind dafür u. a. die knappen und damit teuren Flächen sowie die zunehmenden Vorschriften verantwortlich. Aus Sicht der Freien Demokraten hat die öffentliche Hand aber die Aufgabe, das Bauen nicht teurer zu machen, sondern die Baukosten soweit es ihr möglich ist zu begrenzen. So hat die Landesregierung nach der Regierungsübernahme als eine der ersten Maßnahmen die Grunderwerbsteuer im Land von 3,5 % auf 5,0 % erhöht und damit für eine Verteuerung gesorgt. Die Freien Demokraten wollen die Grunderwerbsteuer wieder absenken und außerdem mittels einer verbesserten Wohnraumförderung und einer Initiative für erhöhte Abschreibungen weitere finanzielle Anreize setzen.

BESCHLUSS DES 114. LANDESPARTEITAGS AM 5. JANUAR 2016 IN FELLBACH

Ja zum Pariser Abkommen – aber liberal

Zum Ausgang der Weltklimakonferenz COP 21 in Paris verabschiedet die FDP bei ihrem baden-württembergischen Dreikönigsparteitag folgenden Dringlichkeitsantrag:

Die FDP begrüßt ausdrücklich, dass sich die Weltklimakonferenz in Paris auf das erste Klimaschutzabkommen geeinigt hat, das alle Länder in die Pflicht nimmt unseren Blauen Planeten zu retten. Mit dem Pariser Abkommen bekennt sich die Weltgemeinschaft völkerrechtlich verbindlich zum Ziel, die globale Erderwärmung auf deutlich unter 2°C, möglichst 1,5°C zu begrenzen und dass die Welt in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts treibhausgasneutral werden muss. Bis dahin muss die Belastung der Atmosphäre auf Null sinken. Zum ersten Mal machen sich alle Länder dieser Welt gemeinsam auf einen Weg, der einen historischen Wendepunkt markiert.

Die FDP hat sich mit dem Freiburger Programm schon 1971 als erste deutsche Partei zu nachhaltigem Wirtschaften und dem Verursacherprinzip im Umweltschutz bekannt und diese Linie mit den Karlsruher Freiheitsthesen der FDP im April 2012 mit ihrem Konzept des „Blauen Wachstums“ – das auf Nachhaltigkeit und Innovation setzt - konsequent fortgeschrieben. Sie wird dabei auf europäischer Ebene von der Alliance of Liberals and Democrats for Europe (ALDE) mit deren Forderung nach einer Low Carbon Economy (Kohlenstoffarmen Wirtschaft) tatkräftig unterstützt.

Das Pariser Abkommen enthält das feste Versprechen, die Entwicklungsländer beim Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Die Staatengemeinschaft soll den ärmsten und verwundbarsten Ländern auch dabei helfen, Schäden und Verluste durch den Klimawandel zu bewältigen und es überwindet die veraltete Zweiteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Anstelle der alten Zweiteilung soll eine faire Differenzierung dafür sorgen, dass jeder so viel beiträgt, wie er kann. Damit wird das jahrzehntelange klimapolitische Mikadospiel beendet – wer sich zuerst bewegt hat verloren – und macht einem Wettbewerb der Willigen Platz.

Die FDP sieht in dem Pariser Abkommen viel Raum für liberale Initiativen:

- So wird dem Europäischen Emissionshandel als marktwirtschaftliches Instrument - für den sich die FDP schon seit Jahrzehnten einsetzt - eine gewichtige Rolle zur kostenoptimalen Senkung der CO₂ Emissionen zukommen.
- Die FDP sieht in ihrem Konzept des Blauen Wachstums, das auf Eigenverantwortung, unternehmerische Initiative, Nachhaltigkeit und Innovationen

BESCHLUSS DES 114. LANDESPARTEITAGS AM 5. JANUAR 2016 IN FELLBACH

setzt, die Alternative zu einer Verzichts- und Verbotsideologie mit staatlicher Gängelung. Die großen Herausforderungen der Menschheit, wie die wirksame Bekämpfung des Klimawandels – aber auch von Wasserknappheit, Armut und Hunger - sind durch technischen Fortschritt und Innovation sowie vernünftige international abgestimmte Politik möglich.

- Die FDP erkennt die attraktiven wirtschaftlichen Chancen, die sich gerade für unsere Volkswirtschaft mit ihrer kreativen mittelständischen Struktur aus der weiteren innovativen Umsetzung der schrittweisen Decarbonisierung ergeben.

Die FDP wird sich dafür engagieren, dass die vom Pariser Abkommen geforderten Maßnahmen im Bereich von Ökologie und Klimaschutz in unserem Wirtschaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft mit ordnungspolitischer Sensibilität implementiert werden